



Bürgerbrief

Informationen der Initiative für mehr direkte Demokratie

PF 78, 1108 Wien, Tel.: 0676-777 46 87

Bankverbindung: Erste Bank, BLZ 20 111, Kontonr.: 046 650 66

„Demokratie heißt, seine Verantwortung als Bürger ausfüllen und dem Kriegsgeschrei etwas entgegensetzen.“

Liebe Leserin, lieber Leser!

Die Menschen sehen sich von den Politikern immer weniger vertreten. Die Politiker kümmert das, wie der eben abgelaufene Wahlkampf gezeigt hat, nicht. Es geht ihnen um Stimmenfang vor der Wahl. Ihre ganze Kraft richtet sich auf einen möglichst effektiv inszenierten Medienauftritt. Der brave Bürger soll dann die Entscheidungen der Politiker ohne Murren anerkennen – auch wenn sie kilometerweit von seiner Anschauung liegen.

Die Folge: Distanzierung vom politischen Geschehen, niedrige Wahlbeteiligung, Resignation.

Der Souverän, der Bürger, von dem das Recht ausgehen soll, wird so ausgeschaltet. Daher hat die unabhängige *Initiative für mehr direkte Demokratie das Volksbegehren für Bürgerrechte durch mehr direkte Demokratie* ins Leben gerufen. Viele Menschen wollen sich mit dem derzeitigen Demokratieabbau in Österreich nicht abfinden und haben sich zum Ziel gesetzt, die Mitbestimmungsmöglichkeiten des Einzelnen zu verbessern.

Nur wenn gesetzlich bindende Volksentscheide zu allen Sachfragen möglich sind, ist eine wirksame Kontrolle der immer selbstherrlicher werdenden Politiker möglich. In Zeiten, in denen ein Großteil der politischen Entscheidungen längst nicht mehr in Österreich gefällt wird, müssen die Bürgerrechte in unserem Land gestärkt werden. Von welcher Seite soll dies möglich sein, wenn nicht von uns Bürgern selbst?

Wir haben diesem Bürgerbrief einen Kalender beigelegt. Wenn er, wie wir hoffen, auf Ihr Interesse stößt, bitten wir Sie, uns eine Spende von 8 Euro dafür zu überweisen, als dringend nötige Unterstützung des Volksbegehrens. Angesichts des drohenden Irakkrieges und der bevorstehenden Weihnachtszeit haben wir uns für Beiträge zu Krieg und Frieden als Schwerpunkt dieser Nummer entschieden. Wir sehen es als ureigenste Angelegenheit des Bürgers, ob Krieg oder Frieden ist, da letztlich jeder einzelne Bürger es ist, der die bitteren Folgen des Krieges zu tragen hat.

[Adreßkleber]

Krieg oder Frieden ist eine Frage, die die Bürger etwas angeht!

Für eine Stärkung der österreichischen Neutralität in Zeiten, in denen der Krieg wieder zu einem Mittel der Politik geworden ist

Die Bevölkerung eines jeden Landes, die Mütter, Väter und Großeltern, die Kinder und Jugendlichen, alle Menschen, die im Leben stehen und Verantwortung tragen, wollen in Frieden und Freiheit leben.

„Nie wieder Krieg!“ war nach dem Zweiten Weltkrieg Konsens – nicht nur unter den Bürgern, sondern auch bei den politisch Verantwortlichen. International wurden – erfolgreich – Anstrengungen unternommen, diese Überzeugung auch rechtlich abzusichern. Um nur einige der Marksteine, die im 20. Jahrhundert gesetzt wurden, zu nennen:

- Ächtung des Angriffskrieges (Briand-Kellogg-Pakt, 1928)
- Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten aller Völker (Europäische Menschenrechtskonvention, 1948)
- Immerwährende Neutralität Österreichs (Staatsvertrag mit Neutralitätsgesetz, 1955)
- Verbot der biologisch-chemischen Kriegsführung (1972)

Und heute? Soll alles nicht mehr gültig sein? Sollen wir rechtlich und politisch zurückgeworfen werden in eine Zeit, in der es kein Völkerrecht gab, in der Krieg als Mittel der Politik akzeptiert war? Sind die Fortschritte, die durch die gemeinsamen Anstrengungen der Menschheit zustande gekommen sind, schon zunichte gemacht worden, ohne dass die Bürger, diejenigen, die davon wirklich betroffen sind, es bemerkt haben, geschweige denn gefragt worden sind?

Nato ist seit 1999 Angriffsbündnis

Im Jahr 1999 hat die Nato klammheimlich ihre Doktrin geändert. Sie ist seitdem keine Verteidigungsorganisation mehr, sondern ein Angriffsbündnis. Seitdem geht es Schlag auf Schlag: Zuerst ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg auf Jugoslawien, einen souveränen Staat und UNO-Mitglied, danach Installierung von Marionettenregierungen und Protektoraten am ganzen Balkan.

Neue US-Militärdoktrin (2002) sieht Angriffskrieg vor 2002, im Namen der Terrorismusbekämpfung, geben sich die USA mit einer neuen Militärdoktrin nun auch offiziell das Recht für einen militärischen Erstschatz (Angriffskrieg).

Wenn bei uns nun Politiker aller Parteien dem Abbau von Völker- und Menschenrecht nichts entgegensetzen, dann ist das Engagement der Bürger mehr denn je gefragt.

Österreichische Neutralität wird abgeschafft – am Volk vorbei

Die österreichische Neutralität wird gerade hintenherum abgeschafft, da bekannt ist, dass sie überwältigende Mehrheit der Bürger befürwortet. Dabei zeigt sich die Lüge in den politischen Entscheidungen erst auf den zweiten Blick: Getarnt als „humanitäre Intervention“ im Namen von „Terrorismusbekämpfung“, „Menschenrechten“ und „friedensschaffenden Maßnahmen“ oder der „Demokratisierung rückständiger Länder“ wird den Kriegsherren zugearbeitet.

Für Bundeskanzler *Schüssel* gehört die Neutralität der Vergangenheit an. Aussenministerin *Ferrero-Waldner* schreibt im Sammelband *Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik*: „Einer Nato, die sich zu einer gesamteuropäischen Sicherheitsorganisation entwickelt, wird Österreich nicht fernbleiben können.“

Bei Gründung einer gesamteuropäischen Sicherheits- und Verteidigungsorganisation wollen – man lese und staune – auch die Grünen die österreichische Neutralität begraben. Die offensichtliche Realität nicht sehen wollend wird eine solche europäische Sicherheitsorganisation allerdings als Nato-unabhängig erträumt. Der Sicherheitssprecher der Grünen, *Peter Pilz*, spricht sich zudem für eine Abschaffung des Bundesheeres und für den Aufbau einer kompakten, effektiven, auf Auslandseinsätze spezialisierten Berufstruppe aus.

Die SPÖ positioniert sich deutlich durch die Wahl des ehemaligen „Hohen Repräsentanten für Bosnien“, *Wolfgang Petritsch*, zum Kandidaten für das Außenministerium. Derjenige, der das in der Nato-Konferenz von Dayton (1995) geschaffene Protektorat Bosnien-Herzegowina drei Jahre lang (bis Mai 2002) als „wohlwollender Diktator“ (*W. Petritsch*, die Presse 3. 6. 02) führte, soll nach den Wahlen die Souveränität und Neutralität Österreichs stärken und nach außen vertreten – unvorstellbar. Er selbst spricht nur noch „rückblickend“ von der Neutralität und hat sie bereits in „aktive Neutralitäts- und Solidaritätspolitik“ umbenannt. Was er mit „Solidarität“ meint, geht aus vielen Stellungnahmen unmißverständlich hervor, etwa wenn er stolz darauf verweist, dass Österreich im Fall des Kosovo-Einsatzes bewiesen hätte, „dass wir uns sehr wohl in schwierigen Situationen aktiv und engagiert solidarisch einbringen können.“ (die Presse, 25. 10. 02) Dazu ist in Erinnerung zu rufen, dass der Kosovo-Einsatz der erste Einsatz österreichischer Soldaten unter Nato-Kommando (im Rahmen der „Nato-Partnership for Peace“) war. Und: 1999, während und aus Anlass dieses Einsatzes wurde der österreichische Neutralitätsvorbehalt bei Auslandseinsätzen, nicht in militärische Kampfhandlungen einbezogen zu werden, per Gesetzesbeschluss aufgehoben.

Die FPÖ scheint in der Frage der österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik überhaupt nur das Sprachrohr des Kriegstreibers Nr. 1 in der Welt, der USA, zu sein. Nicht Verteidigungsminister *Scheibner* gibt hier die sicherheitspolitischen Richtlinien vor, sondern *Erich Reiter*, einer seiner Sektionschefs. Er ist Verfasser der – noch am Widerstand der SPÖ gescheiterten – neuen österreichischen Sicherheitsdoktrin. *Reiter* spricht sich für einen grundsätzlichen Wandel der Aufgabe des österreichischen Bundesheeres von einer Verteidigungs- zu einer Interventionstruppe aus. Die Vertreter einer österreichischen Neutralitätspolitik werden von ihm als „Trittbrettfahrer“ und nicht ernst zu nehmende „Leute von Gestern“ bezeichnet. In einer Stellungnahme in der Presse vom 19. 10. 02 spricht sich *Reiter* ausdrücklich für

die neue amerikanische Militärdoktrin, die den Angriffskrieg als „präventive Intervention“ vorsieht, aus. Er schließt sein Plädoyer für die neue US-Doktrin mit dem Satz: „Der Anteil der USA hinsichtlich Gewaltanwendung in den internationalen Beziehungen ist verschwindend gering und geringfügig im Vergleich zu anderen Großmächten.“

Neutralitätspolitik ist Friedenspolitik

Die österreichische Neutralität war nie wichtiger als in der heutigen Weltlage. Sie war immer aktive internationale Friedenspolitik. Weder das Ende des Ost-West-Konflikts noch die aktuellen Terroranschläge sprechen gegen die Neutralität, sondern vielmehr für die Notwendigkeit ihrer Aufrechterhaltung und Stärkung.

Die beste Verteidigung und damit der wirksamste Schutz für die Bevölkerung, auch vor Terroranschlägen, ist es aber, diplomatische Bemühungen von neutralem Boden aus zu unterstützen, ein offenes Ohr für die Probleme von Staaten und Bürgern in aller Welt zu haben – und humanitäre (nicht militärische!) Hilfseinsätze und finanzielle Unterstützung dort zu leisten, wo die Not am größten ist.

Bürger wollen Neutralität

Gerade die mit der österreichischen Neutralität so eng verknüpfte Frage von Krieg und Frieden darf in einer Demokratie nicht am Volk vorbei entschieden werden! Wie die österreichischen Bürger zur Neutralität ihres Landes stehen, bestätigen alle Umfragen. Der Prozentsatz der Österreicherinnen und Österreicher, die sich für eine Beibehaltung der Neutralität aussprechen, bewegt sich um 80%. Dies ist ein Grund mehr, sich für mehr direkte Demokratie einzusetzen, damit der selbstherrliche Abspracheparlamentarismus von echter Demokratie abgelöst wird. Die bitteren Folgen eines Krieges hat nämlich niemand anderer zu tragen als wir Bürger.

Buchbesprechung

Global-Brutal

Der entfesselte Welthandel, die Armut, der Krieg
ein Buch von *Michel Chossudovsky*

bha. Michel Chossudovsky, Ökonomieprofessor aus Kanada, ist wohl eine der kenntnisreichsten Persönlichkeiten, was die ökonomischen Folgen der Globalisierung betrifft. Sein bereits 1997 in englischer Sprache erschienenes Buch – erst 2002 in deutscher Ausgabe, was auf ein mangelndes Interesse deutscher Verlage und Intellektueller hinweist –, beschreibt die weltweite Krise, in die viele Staaten in den letzten 20 Jahren durch eine alles zerstörende Wirtschaftspolitik der USA gestürzt wurden. Die Diskussion um die Auswirkungen der Globalisierung bekommt mit seinem Buch in der Zusammenschau eine neue Qualität: In der Übersicht und Beschreibung, die Chossudovsky für Afrika, Süd- und Südostasien, Lateinamerika, die ehemalige Sowjetunion und die Balkanländer gibt, erkennt man die Strukturen und Vorgehensweisen der USA genauer. Für jedes Land, einmal ins Visier genommen, ein ähnliches Muster der wirtschaftlichen Niederschlagung, der Ausplünderung, der Erpressung, der Androhung von militärischem Eingreifen, der Weltbankpolitik. Wer nicht spurt, wird bis zum Ersticken auf den Boden gedrückt, auch wer den Kotau macht, muss leiden.

Im Zusammenhang mit dem «Krieg gegen den Terror» müssen Chossudovskys Analysen noch nachdrücklicher

zur Kenntnis genommen werden. Er entlarvt die amerikanische Außen- und Wirtschaftspolitik ohne Wenn und Aber. Nicht erst Afghanistan, sondern Indonesien, Peru, Ruanda, die Türkei, Argentinien, Nicaragua, Chile, dies sind nur einige Länder, deren Bevölkerung alle Folgen einer menschenverachtenden Maschinerie, der «Neuen Weltordnung», zu spüren bekommen.

Das Buch ist klar und faktenreich: Wer als Advokat der amerikanischen Wirtschafts- und Außenpolitik auftreten will, wird sich schwer tun, die Faktenlage vom Tisch zu wischen. Denn sie ist bittere Realität für Millionen von Menschen. Realität sind auch die Kriege, die für die Errichtung der «Neuen Weltordnung» geführt werden.

Während die europäische Linke noch immer in Passivität verharrt oder die ganze Sache in einem schmutzigen Deal innerhalb des Machtpokers mitträgt, überziehen die USA die Welt mit ihren Kriegen, und die EU rüstet auf. Mit einem Kapitel über Krieg und Globalisierung endet das Buch. Mit einem Aufruf Noam Chomskys beginnt es: Nichts an diesen Entwicklungen ist unabwendbar. Die Einsichten, zu denen Chossudovskys Untersuchungen verhelfen, sind ein bedeutsamer Schritt hin zu jenem nötigen Kampf, um diese Entwicklungen umzukehren.

Chossudovsky, Michel, Global-Brutal. Der entfesselte Welthandel, die Armut, der Krieg. Zweitausendeins, Frankfurt/Main 2002, ISBN 3-86150-441-3

Zur Erinnerung: So sieht der Krieg aus. Es gibt keinen sauberen Krieg!

„Morgens um 2.30 Uhr begannen die Bomben zu fallen“ – Ramsey Clark über die US-Angriffe auf den Irak 1991

„Morgens um 2.30 Uhr am 17. Januar 1991 begannen die Bomben zu fallen, und zweiundvierzig Tage lang flogen US-Flugzeuge durchschnittlich alle 30 Sekunden Angriffe auf den Irak. Durch den Einsatz von US-Technologie wurde die Wiege der Zivilisation zerstört. Ohne auch nur einen Fuß auf irakischen Boden zu setzen oder in Kampfhandlungen mit irakischen Truppen einzutreten, zerstörte die US-Armee durch Luftangriffe und Raketen innerhalb von sechs Wochen systematisch Leben und lebenswerte Infrastruktur im Irak. Schon nach wenigen Stunden war die Stromversorgung des Irak zu 90 Prozent beschädigt oder zerstört. Insgesamt waren während des Luftkriegs gegen den Irak bei 110 000 Luftangriffen 88 500 Tonnen Bomben abgeworfen worden, das siebeneinhalbfache Äquivalent der Atom-bombe, die seinerzeit Hiroshima zerstörte.

Über Basra und den von Autos verstopften Nationalstraßen wurden Fächerbomben mit 250 Minibomben abgeworfen, die über eine Fläche von einem halben Hektar 500 000 rasiermesserscharfe Hochgeschwindigkeitsschrapnelle ausstoßen können. Napalmbomben wurden gegen Menschen und dazu eingesetzt, Bohrlöcher in Brand zu setzen. Schon nach drei Tagen gab es im Irak kein fließendes Wasser mehr. Das Telefonnetz des Irak wurde schon in den ersten Kriegstagen zerstört.

Fehlende Kommunikationsmittel waren das größte Hindernis für die Aufrechterhaltung organisierter sozialer Aktivitäten zur Versorgung der Kranken und Verwundeten. Die Zerstörung der Transportverbindungen verschärfte das Problem noch. In einem Land, das sich um zwei Flüsse herum gruppiert, wurden 139 Auto- und Eisenbahnbrücken beschädigt oder zerstört. Ferner wurden Nationalstraßen und andere Straßen getroffen, was das Reisen auf ihnen zum Alptraum macht. Straßenwachen wurden bombardiert, um die Reparatur der Straßen zu verhindern. Alle Arten von zivilen Fahrzeugen, Lastwagen, Bussen und sogar Taxis entlang der großen Straßen des Irak wurden angegriffen. Die acht, jeweils mehreren Zwecken dienenden großen Dämme des Irak wurden wiederholt von Bomben getroffen und schwer beschädigt. Damit wurden Überflutungskontrolle, städtische und industrielle Wasserversorgung, Bewässerung und Wasserkraftgewinnung simultan außer Funktion gesetzt. Vier der sieben Wasserpumpen des Irak wurden zerstört. Bomben und Raketen trafen 31 örtliche Wasser- und Abwasserwerke. Abwasser lief in den Tigris und in die Straßen Bagdads, wodurch zu den sonstigen Todesursachen noch durch Wasser übertragene Krankheiten hinzukamen. In Basra brach das Abwassersystem vollständig

zusammen.

Das Lager- und Transportsystem des Irak für landwirtschaftliche Produkte und Nahrungsmittel wurde direkt und systematisch angegriffen. Die Bauern können das Land nicht mehr be- und entwässern, wodurch die Nahrungsproduktion auf die Hälfte sank. [...]



Dr. Q. M. Ismail, Direktor des Zentralen Saddam-Kinderkrankenhauses in Bagdad, hatte in der Nacht, als die Bomben zu fallen begannen, Dienst. 40 Säuglinge lagen in der Nähe ihrer Mütter in Brutkästen. Als der Strom ausfiel, hörten die Brutkästen zu arbeiten auf. Inmitten des Kriegsdonnerts rings um sie

herum, rissen die verzweifelten Mütter ihre Kinder an sich und eilten in den Keller. Sechs Stunden später waren 20 Kinder tot.

[...] Auf die Frage nach einer Schätzung der Zahl getöteter irakischer Soldaten und Zivilisten antwortete General Colin Powell: „Das interessiert mich nun wirklich nicht besonders.“

Ramsey Clark war Justizminister der USA während der Präsidentschaft Lyndon B. Johnsons, also während des Vietnam-Krieges. Nach dem Ende seiner Amtszeit wurde er ein scharfer Kritiker der US-Außenpolitik. Der Text ist ein stark gekürzter Auszug aus Clarks Beitrag „Feuer und Eis. Die Zerstörung des Irak durch Krieg und Sanktionen“ in: Rüdiger Göbel u.a., Der Irak. Ein belagertes Land, Köln 2001.

„Man kann den Krieg nur vorbereiten und nur predigen im Namen dessen, was als das Teuerste gilt, im Namen der sogenannten 'höchsten Güter'. (...) Und wenn es heute überall heißt: wir machen unsere Rüstungen, unsere Manöver, unsere Bündnisse, um den Frieden zu sichern, so kommt das daher, weil die Erkenntnis erwacht ist, dass das höchste Gut der Völker eben der Frieden ist. Aber um alles andere konnte folgerichtig mit Waffen gestritten werden, um Beute, um Glauben, um Macht – nur um Frieden nicht, denn dieser, wie er als 'höchstes Gut' ersehnt wird, ist nicht unterbrochener, nicht hintangehaltener, sondern abgeschaffter Krieg.“

Bertha von Suttner, 1893

Damit Volksbegehren endlich in die Tat umgesetzt werden!

VOLKSBEGEHREN FÜR BÜRGERRECHTE DURCH MEHR DIREKTE DEMOKRATIE

Kein einziges der bisher 29 Volksbegehren in Österreich wurde vom Nationalrat zum Gegenstand einer Volksabstimmung gemacht. Die gewählten Parteipolitiker haben sich in entscheidenden Fragen weit von ihren Wählern entfernt und vertreten diese nicht mehr. Ein Großteil der Gesetze, die für unser Leben entscheidend sind, werden nicht mehr im Land, sondern in Brüssel gemacht –

unser Parlament beugt sich als EU Mitglied diesem Zustand. Österreich braucht daher ein Gesetz für direkte Demokratie, also für mehr echte Mitsprache der Bürger, damit Politiker-Entscheidungen bei wichtigen Sachfragen an Mehrheitsentscheidungen der Gesamtbevölkerung gebunden werden können.

Wir – die unabhängige *Initiative für mehr direkte Demokratie in Österreich* – beantragen die Beschlussfassung eines Bundesgesetzes für die Verwirklichung der Bürgerrechte für alle Staatsbürger durch direkte Demokratie, mit den wichtigsten Bestimmungen wie folgt:

1. Bindende Volksabstimmung ab hunderttausend Unterschriften

Volksbegehren, die von mindestens hunderttausend Stimmberechtigten unterschrieben werden, müssen binnen drei Monaten nach Einreichung der Unterschriften automatisch ohne weitere formale Hürden einer Volksabstimmung unterzogen werden, deren Mehrheits-Ergebnis für Parlament und Regierung bindend ist. So wie dies in der Schweiz schon seit vielen Jahrzehnten üblich ist und funktioniert.

2. Keine inhaltlichen Einschränkungen der Anliegen von Volksbegehren

Gegenstand von Volksbegehren und Volksabstimmungen können auch in Zukunft alle Anliegen bzw. Sachfragen ohne jede inhaltliche Einschränkung sein.

3. Freie Unterschriftensammlung!

Unterschriften für Volksbegehren können frei gesammelt werden, und müssen nicht wie bisher vor den Gemeindebehörden oder einem Notar geleistet werden.

4. Ehrliche Meinungsbildung

Bei allen Informationsmitteln, die von der öffentlichen Hand, das heißt aus Steuergeldern (mit)finanziert werden (Wahlparteien, große Zeitungen, Rundfunk, Fernsehen) müssen Befürworter und Gegner von Bürgeranliegen in gleichem Ausmaß zu Wort kommen.

Infostände zum Volksbegehren

Mithilfe ist sehr willkommen!

Frei., 15. 11., 14 – 17 Uhr

Wien 10, Favoritenstr. / Ecke Quellenstraße

Do., 21. 11., 15 – 18 Uhr

Wien 1, Schottenpassage

Frei., 29. 11., 15 – 18 Uhr

Wien 10, Favoritenstr. / Ecke Quellenstraße

Frei., 6. 12., 15 – 18 Uhr

Wien 10, Favoritenstr. / Ecke Quellenstraße

Mi., 11. 12., 14 – 16 Uhr

Wien 1, Heßgasse (vor Uni Wien / Juridicum)

Mi., 11. 12., 17 – 19 Uhr

Wien 1, Opernpassage (beim Rondeau)

Do., 19. 12., 15 – 18 Uhr

Wien 1, Schottenpassage

Frei., 20. 12., 15 – 18 Uhr

Wien 1, Freyung (zw. Schottenkeller u. Schottenkirche)

Einladung

zu einer Veranstaltung der Initiative für mehr direkte Demokratie am

Mo, 9. Dezember, 19 Uhr

im Café Wortner, Wien 4, Wiedner Hauptstraße 55

Dr. Barbara Hug (Psychologin und Journalistin) u. **Dr. Niels Amitzboell** (Erziehungswissenschaftler u. Politologe) sprechen zum Thema:

Modernes Raubrittertum – Die Probleme der zentralasiatischen Länder

Nach 1991 sahen sich die fünf zentralasiatischen Länder einem raschen und gnadenlosen Zugriff durch den Westen ausgesetzt. Statt dass sich die Staaten eigenständig hätten entwickeln können und man ihnen dazu Hilfe geboten hätte, wurden sie einem Finanz- und Politikdiktat unterworfen, das sich aller Spielarten eines Raubrittertums bediente. Die beiden Referenten, die wiederholt vor Ort recherchiert und mit der Bevölkerung gesprochen haben, beleuchten die Problemlast, die auf diesen Ländern liegt, z.B. was an Grundversorgung durch eine hemmungslose Privatisierung weiter zerstört wird und vor allem, wo sich der Westen militärstrategisch auf eine langfristige Präsenz einrichtet. Wir dürfen einen spannenden Abend erwarten.